

Rede zur Einbringung des Haushalts und der Wirtschaftspläne 2023

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

lassen Sie mich die Vorlage des Haushalt 2023 mit einer Frage begleiten: War es schon irgendwann einmal einfach, die städtischen Finanzen zu planen und Aufgaben und Geldmittel passend zusammenzuführen? Und wie das bei rhetorischen Fragen immer so ist, gebe ich die Antwort selbstverständlich gleich mit – nein, denn in der ausgewiesenen steuerschwachen Stadt Donzdorf war es schon immer eine Mischung aus harter Ausgabendisziplin und Einsatz zuversichtlicher Finanzierungsinstrumente. Die Beantragung von Fördermitteln gehörte ebenso dazu wie Vermögensumschichtungen und immer wieder auch eine höhere Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Steuern und Abgaben. Wenn es dabei in der Langfristbetrachtung gelungen ist, eine hervorragende Infrastruktur aufzubauen und zu erhalten und insgesamt sowohl bei der Belastung der Bürger als auch bei der Verschuldung im Mittelfeld der baden-württembergischen Kommunen zu liegen, dann denke ich aber doch feststellen zu dürfen, dass sich die Mühen gelohnt haben und dass wir mit diesem Optimismus auch die Haushaltsplanungen für die kommenden Jahre betrachten dürfen. Und offen gestanden- einfach war und ist es wieder einmal nicht.

Betrachten wir allein die politische Großwetterlage so sehen wir, dass wir wenig vorhersehen können – allein die Verfünfachung der Energiepreise im vergangenen Jahr muss aufgefangen werden und niemand kann sagen, wie es weitergeht. Liest man die Zukunftsbetrachtungen der Wirtschaft, so ist es ein Wechselbad der Stimmungen. Immerhin geben die derzeitigen Prognosen wieder ein etwas positiveres Zukunftsbild, als dies noch vor einigen Wochen der Fall war. Dennoch: Fachkräftemangel, Lieferengpässe und die Frage der Energiesicherheit – keiner kann dazu eine zuverlässige Prognose abgeben, nicht für 2023 und schon gar nicht für die mittelfristige Finanzplanung bis 2026. Geleitet hat uns deshalb bei der Zusammenstellung des Zahlenwerks der vorsichtige Optimismus, dass es selten so schlecht kommt, wie düstere

Prognosen mutmaßen, dass aber allzu hohe Erwartungen an die kommenden Jahre ebenso unterbleiben sollten. Viel Sicherheit und ein bisschen Mut zur Zukunft, das hat uns geleitet.

Es ist nicht neu, dass wir erhebliche Investitionen vor uns haben, denn die Erhaltung und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur macht vor nichts und niemandem Halt: die Sanierung der Steingartenschule, der Neubau einer Kindertagesstätte, Zuschüsse zur Sanierung der kirchlichen Kindertagesstätten, die zeitgemäße Unterbringung von Feuerwehr, Bauhof und Stadtwerken und die Verbesserung der Sportmöglichkeiten sind dabei nur die größten Positionen im kommunalen Haushalt. Für die Stadtwerke steht der Neubau des Hochbehälters Marren an, der Bau der Tiefgarage am Wöhrplatz und zusammen mit dem Stauerwerk die Intensivierung des PV-Ausbaus. Der Eigenbetrieb Abwasser sieht sich mit erheblichen Investitionen auf der Kläranlage in Salach konfrontiert und spürt ganz erheblich die gestiegenen Betriebskosten dieser energieintensiven Einrichtung. Die Stadtentwicklungsgesellschaft wird im nächsten Jahr mit dem Bau des Wohn- und Geschäftshauses auf dem Grundstück der alten Post beginnen und die Erschließung des Grundstücks der ehemaligen Gärtnerei Böger für innerstädtisches Wohnen ist ebenso auf der Liste der Ausgaben wie die Entwicklung von Baumöglichkeiten in den Ortsteilen. Bei diesem Katalog spürt man schnell, dass es ohne Zuversicht, aber auch ohne Kraftanstrengungen nicht geht. Wir werden erstmals seit Jahren wieder Darlehen aufnehmen müssen, voraussichtlich 2 Mio. Euro im Finanzplanungszeitraum, und wir werden unsere Bürgerinnen und Bürger bei der Grundsteuer, beim Wasserpreis, bei den Bestattungsgebühren und beim Mensaessen stärker zur Kasse bitten müssen. Glücklicherweise können wir bei der Abwassergebühr etwas zurückgeben, so dass zumindest die Kosten für Wasser und Abwasser zusammen insgesamt nicht steigen. Gerechnet auf die 4 Jahre des Planungszeitraums ergibt dies alles zusammen immerhin Mehreinnahmen in Höhe von rund 1 Mio., Euro, die für die erforderliche Investitionsfähigkeit dringend notwendig sind. Dabei ist uns durchaus bewusst, dass Erhöhungen immer zum falschen Zeitpunkt kommen, namentlich dann, wenn Bürgerinnen und Bürger ohnehin schon stärker belastet sind. Andererseits treffen höhere Preise die Kommune in mindestens gleichem Maße, denn egal ob Baupreise, Energiekosten oder Löhne – die

Steigerungen müssen aufgebracht werden. Es ist schon etwas paradox, aber eben auch Wirklichkeit: Während viele andere Kommunen mit dem Ausgleich des Ergebnishaushaltes zu kämpfen haben und Abschreibungen und Tilgungen kaum oder gar nicht erwirtschaften können, stellt dies für Donzdorf kein größeres Problem dar. Hier zeigt sich der Vorteil früherer Maßnahmen und Ausgliederungen, denn in diesen Betrieben musste schon immer kaufmännisch gerechnet werden. Leider ist aber das, was erwirtschaftet wird nicht ausreichend für die erheblichen Investitionen, die schon immer so umfangreich waren, dass keine nennenswerte Rücklage gebildet werden konnte. Und ohne Sparbuch sind große Investitionen kaum anders als über Fremdmittel zu finanzieren. Dabei tut es gut, dass wir bereits seit Jahren einen strengen Konsolidierungskurs mit Rückführung der Verschuldung gefahren sind, was jetzt notwendige Spielräume eröffnet. Und immerhin sehen wir am Ende des Finanzplanungszeitraumes so viel Licht, dass unsere Verschuldung - bei gleichzeitiger Tilgung – nur unwesentlich steigt, aber tatsächlich die Bildung von Rücklagenmitteln und damit entstehende Liquidität sichtbar wird. Wir sehen uns also durchaus gerüstet für das was kommt, auch wenn es anders kommen sollte als geplant.

Bei all dieser Betrachtung des Eigenen, kann und soll der Blick auf das, was uns umgibt nicht fehlen. „In großer Sorge um unser Land“, so haben insbesondere die kommunalen Spitzenverbände aber auch Industrie, Handwerk, Banken und Sparkassen einen appellativen Brief an unseren Ministerpräsidenten überschrieben und ein sehr grundsätzliches Nachdenken über Standards, Leistungszusagen und Reglementierung eingefordert. „Weiter so“ geht schlicht und einfach nicht mehr und wir brauchen fundamentale Änderungen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen – und das gilt für den Bund ebenso wie für das Land und den Landkreis. Wer die Abhängigkeiten von ausländischen Lieferungen, egal welcher Art, nicht auf ein vertretbares Maß senkt, der wird immer krisenanfällig bleiben, wer Regelungen wie bspw. den §2b UStG den öffentlichen Haushalten aufs Auge drückt, wer Rechtskreiswechsel von Geflüchteten veranlasst und damit weit überhöhte Kosten produziert, wer bei der Betreuung von Kindern namentlich mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an der Grundschule jedes Maß an Machbarkeit sowohl finanziell als auch personell vermissen lässt und wer Betriebsstandards

minutiös und detailgetreu auf jeden Einzelfall angewendet, ohne die gesamtgesellschaftliche (Sonder-)Situation zu würdigen, der führt die kommunale Leistungsfähigkeit nicht nur an Grenzen, sondern überschreitet diese. Spürbar wird dies beispielsweise dann, wenn Kommunen monatelang angemietete Wohnungen freihalten und bezahlen müssen, weil Geflüchtete nicht zugewiesen werden, obwohl ständig und lautstark darüber geklagt wird, man würde dem Flüchtlingsstrom nicht mehr Herr. Ganz abgesehen von der Wirkung auf die Menschen in unsere Stadt, die diesen Wohnraum bereitzustellen bereit sind und sich nur noch verwundert die Augen reiben. Wenn es uns nicht gelingt, wieder mehr Selbständigkeit, mehr Eigenverantwortung und mehr Flexibilität im Einzelfall zu ermöglichen, dann wird unsere Gesellschaft ihre selbst gestellten Anforderungen nicht mehr erfüllen, Zusagen nicht mehr einhalten und Standards nicht mehr gewährleisten können. Als Kommune sind wir am untersten Ende dieser Kette, bei uns wird all dies am ersten und am direktesten sichtbar werden. Das zu vermeiden und um auch für die und in der Zukunft sicher und vorausschauend planen zu können ist deshalb vordringliche Aufgabe. Die Haushalte der kommenden Jahre werden nur so ihrem Namen und ihrer Reputation gerecht werden. Ich bitte sie alle und ausdrücklich, dass wir uns gemeinsam, mit Kraft und Mut auf diesen für unsere Gesellschaft unabdingbaren Weg machen – leicht wird er nicht, aber notwendig.